Die Uni – ein gefesseltes Sparschwein

Die Debatte, ob Tübingen nun eine Elite-Universität beherbergt oder nicht, hat sich als höchst akademisch im pejorativen Sinne erwiesen. Immerhin, mit der Eliteuniversität hat das tertiäre Bildungssystem für einen kurzen Moment die bundespolitische Debatte dominiert.

Leider findet der harte Alltag der Universitäten nicht dieselbe Beachtung. In der kommenden Woche berät der Landtag den Haushalt für das Jahr 2004. Die Landesregierung betont, dass der Anteil des Wissenschaftsetats an den Gesamtausgaben von 9,3 Prozent auf 10,4 Prozent gestiegen sei.

Ein schöner Taschenspielertrick. Der Zuwachs beruht ausschließlich auf der Umbuchung von Versorgungszahlungen für Pensionäre, die bislang im Haushalt des Finanzministeriums eingestellt wurden. Tatsächlich werden im Hochschuletat im Jahr 2004 rund 90 Millionen Euro gekürzt. Das ist ein doppeltes Ärgernis. Zum einen versagt die Politik wieder einmal bei der Schwerpunktsetzung für die Bildung. Alle Ressorts müssen dieselbe Einsparleistung erbringen. Damit gilt das Rasenmäherprinzip: Orchideen und Unkraut werden gleichbehandelt, nämlich geköpft. Zum andern widerruft die Landesregierung die mit dem Solidarpakt ausgesprochene Garantie der Hochschulhaushalte. Vertrauen und Planungssicherheit werden zerstört.

Sie erinnern sich: In der letzten großen Finanzkrise des Jahres 1996 schlossen Land und Hochschulen den Solidarpakt. Die Hochschulen opferten binnen zehn Jahren zehn Prozent ihrer Stellen, dafür erhielten sie Sicherheit vor Kürzungen. Je ein Drittel der eingesparten Personalkosten sollten für neue Stellen an den Universitäten, als freie Sachmittel und als Beitrag für den Landeshaushalt eingesetzt werden.

Nun sieht die Landesregierung die Streichung von 44,5 Stellen vor, die den Universitäten zustünden, Mittel zur Förderung von Berufungsverhandlungen werden gekürzt, ebenso das Volumen der leistungsorientierten Mittelvergabe. Wie innovativ die Bürokratie werden kann, zeigt die „freiwillige Erhöhung" des Ruhestandsalters der Professoren auf 68 Jahre. Gehen die Professoren doch mit 67 in den Ruhestand, zahlen die Unis die Differenz aus eigenen Mitteln. Für die Universität Tübingen bedeuten die geplanten Kürzungen einen Verlust von rund vier Millionen Euro. Die Einschnitte bei der Forschungsförderung und der Hochschulmedizin werden sogar noch größer ausfallen.

Mit den finanziellen Einschnitten begnügt sich die Landesregierung nicht. Der monetäre Aderlass wird mit einer Amputation von Kopf und Herz der Universitäten kombiniert. Senat, akademische Selbstverwaltung und Mitbestimmung haben ausgedient, in Zukunft soll der Hochschulrat den Kurs diktieren. Lästige Wahlen der Hochschulleitung entfallen weitgehend, der Minister setzt selbst ein.

Kein Zweifel, bislang stehen die baden-württembergischen Hochschulen im bundesweiten Vergleich glänzend da. Die Landesregierung scheint fest entschlossen, das nicht länger zu dulden. In vier Wochen wird der Haushalt verabschiedet. Ob der Protest die notwendige Lautstärke erreicht, um in Stuttgart Gehör zu finden?

Boris Palmer
Grünen-Landtagsabgeordneter